

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Rainer Funke, Dr. Karlheinz Gutmacher, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Jürgen Koppelin, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele und der Fraktion der F.D.P.**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Klaus Haupt, Jürgen Türk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.**

**– Drucksachen 14/591, 14/1079 –**

### **Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euroland**

Der Bundestag wolle beschliessen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Tourismuswirtschaft gehört zu den wichtigsten Sektoren unserer Wirtschaft. Sie ist eine wichtige Säule beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Angesichts ihres hohen Wachstums- und Beschäftigungspotentials ist sie einer der Hoffnungsträger von Politik und Gesellschaft, weil sie Arbeitsplätze sichern und schaffen kann. Der Tourismus in Europa besitzt für die nächsten 10 Jahre ein Beschäftigungspotential von ca. 3 Millionen Arbeitsplätzen. Die Prognose für Deutschland beläuft sich für den selben Zeitraum auf ein Potential von ca. 400 000 Arbeitsplätzen.

Ob die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingt, hängt davon ab, welche Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene ergriffen werden, die Potentiale tatsächlich auszuschöpfen.

Für Deutschland geht es um die Teilhabe an einer internationalen touristischen Entwicklung, die sich verschärftem Wettbewerb gegenübersteht. Es geht um Arbeitsplätze sowie Einkommen, Umsätze und Steuern, die aus einer globalisierten, aktiven deutschen Tourismuswirtschaft erwirtschaftet werden können.

Die Bundesregierung hat mit ihren bisherigen Initiativen die Rahmenbedingungen für die touristische Entwicklung in unserem Land nachhaltig verschlechtert. Mit u.a. der Einführung der sog. Ökosteuer, der Neuregelung der 630-DM-Jobs und dem Wegfall des Vorsteuerabzugs auf geschäftlich veranlaßte Bewirtung und Beherbergung hat sie die Branche zutiefst verunsichert. Eine Kehrtwende der Tourismuspolitik der Bundesregierung ist daher dringend erforderlich.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft in Europa durch die Reduzierung von Abgaben und Steuern nachhaltig zu stärken. Dazu gehört insbesondere die Einführung eines verminderten Mehrwertsteuersatzes für die deutsche Hotellerie.
  - durch die Gestaltung nationaler Rahmenbedingungen Arbeitsplätze in der deutschen Tourismuswirtschaft zu sichern und neue zu schaffen; dazu gehören insbesondere
    - die Rücknahme der Neuregelung der 630-DM-Jobs,
    - die Zurücknahme der 1. Stufe der Ökosteuer sowie der Verzicht auf die 2. und 3. Stufe. Die EU-weite Einführung eines eigenen Mehrwertsteuersatzes auf Energie ist das geeignete Mittel einer europa-weiten Energiebesteuerung.
    - die Wiedereinführung des Vorsteuerabzugs auf geschäftlich veranlaßte Bewirtung und Beherbergung,
    - der Wegfall der Trinkgeldbesteuerung, soweit es sich um freiwillige Zuwendungen des Gastes handelt.
  - darauf hinzuwirken, daß EU-Regelungen konsequent in das jeweilige nationale Recht umgesetzt werden und daß diese Umsetzungen keine neuen Wettbewerbsverzerrungen hervorbringen.
  - die Integration der Tourismuspolitik in andere Gemeinschaftspolitiken sicherzustellen und insbesondere für einen erleichterten Zugang zu Fördermöglichkeiten der EU im Rahmen der Strukturförderung und der Förderung der kleinen und mittleren Betriebe im Rahmen des sog. Beschäftigungspaktes Sorge zu tragen,
  - auf nationaler Ebene den Dialog zwischen Politik und Tourismuswirtschaft zu intensivieren. Neben einer verstärkten Netzbildung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit muß ein strukturierter, kontinuierlicher Dialog beschleunigt werden, der der besseren Information und großräumigen Marktbeobachtung dienen soll. Signifikante Defizite im Bereich der touristischen Branchendaten müssen ausgeräumt werden, um eine bessere Informationslage sicherzustellen. Dazu soll als erster Schritt der interministerielle Austausch mit Finanz-, Verkehr-, Umwelt- und Landwirtschaftsministerium unter Einbeziehung des Auswärtigen Amtes und der in der Tourismuswirtschaft Verantwortlichen verstärkt werden mit dem Ziel, auf dem Hintergrund einer vertieften Informations- und Datenlage dem Tourismus die politische Anerkennung zu schaffen, die ihm als führender Wirtschaftsfaktor gebührt.

Bonn, den 16. Juni 1999

**Hildebrecht Braun (Augsburg)**  
**Ernst Burgbacher**  
**Jörg van Essen**  
**Ulrike Flach**  
**Paul K. Friedhoff**  
**Rainer Funke**  
**Dr. Karlheinz Guttmacher**  
**Walter Hirche**  
**Birgit Homburger**  
**Ulrich Irmer**

**Jürgen Koppelin**  
**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
**Detlef Parr**  
**Cornelia Pieper**  
**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**  
**Marita Sehn**  
**Dr. Hermann Otto Solms**  
**Carl-Ludwig Thiele**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**